

Dr. Harald Rein, D-Frankfurt/M.

Gutes Leben – ohne Zwang zur Lohnarbeit!

Ende 2011 bezog ein Paar aus Sachsen-Anhalt eine Art Grundeinkommen. Aufgrund eines Eingabefehlers des zuständigen Jobcenters erhielten die Hartz-IV-Bezieher 83 000 € überwiesen. Versuche das Paar zu erreichen scheiterten und auch im Jobcenter waren die beiden, trotz eines Anhörungstermins nicht aufgetaucht. (Frankfurter Allgemeine Zeitung 15.10.2011) Offensichtlich wusste das Paar sehr genau, wie der unerwartete Geldsegen zu verwenden ist!

Da davon auszugehen ist, dass es sich in diesem Fall um eine Ausnahme handelte, müssen wir weiter nachdenken.

Wir gehen dreißig Jahre zurück und befinden uns auf dem ersten Arbeitslosenkongress der Erwerbslosen 1982 in Frankfurt/M. Entgegen der Prognosen vieler Wissenschaftler, für die eine eigenständige Organisationstätigkeit mit erfolgreicher öffentlicher Wirksamkeit der Betroffenen unvorstellbar war, trafen sich dort über zweitausend Erwerbslose aus ganz Deutschland. Von fehlender Konflikt- oder Organisationsfähigkeit keine Spur. Eine bundesweite Basisstruktur wurde, trotz unterschiedlicher Herangehensweise, wie Arbeitslosigkeit zu bekämpfen sei, geschaffen, die noch heute in Form von bundesweiten Netzwerken existiert.

Für unsere Fragestellung interessant, war ein wesentlicher inhaltlicher Diskussionspunkt, der den gesamten Kongress durchzog: auf welche zentrale politische Forderung wollen wir uns verständigen, die nach einem Recht auf Arbeit oder die nach einem Recht auf Einkommen? Bereits zu diesem frühen Zeitpunkt vertraten unabhängige Erwerbslosen- und Sozialhilfegruppen die Forderung nach einem Existenzgeld als Synonym für ein bedingungsloses Grundeinkommen. Es unterschied sich von damaligen Mindestsicherungskonzepten in der Infragestellung der herrschenden Arbeitsbegrifflichkeit, in der Kritik an der geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung, in der Anspruchshöhe des Existenzgeldes, das ein gutes Leben ermöglichen sollte und in der Garantie der Auszahlung eines Existenzgeldes ohne Zwang zur Lohnarbeit.

Dieser kurze Exkurs in die Vergangenheit verdeutlicht, dass es Erwerbslose waren, die als Teil der sozialen Bewegungen in Deutschland erstmals nach 1945 Alternativen zur gängigen Sozialstaatspolitik, aber auch zu realsozialistischen Perspektiven mit dem Existenzgeldkonzept formulierten.

Warum erkannten gerade Erwerbslose die sozialen und politischen Implikationen eines bedingungslosen Grundeinkommens und welche Möglichkeiten ergeben sich daraus, speziell arme Menschen für diese gesellschaftliche Alternative einzunehmen?

Natürlich ist das Bewusstsein über die Veränderbarkeit gesellschaftlicher Verhältnisse auch bei Erwerbslosen unterschiedlich vorhanden. Wer innerhalb kürzester Zeit damit rechnen kann einen Arbeitsplatz zu finden, wird sich hauptsächlich darauf konzentrieren. Wer aber immer wieder von Politik und Wirtschaft über Jahre vertröstet wird, wer keine existenzsichernde Arbeit findet und wer, trotz behaupteter Vollbeschäftigungsannäherung ausschließlich für einen Niedriglohn arbeiten muss und somit nicht aus der Armutsspirale herausfinden kann, der fängt möglicherweise an, eine Lebensperspektive in Frage zu stellen, die ausschließlich die Lohnarbeit als Sinn des Lebens akzeptiert. Diese Erfahrungen vermischten sich mit den Ansichten von Betroffenen in und außerhalb der Erwerbsarbeit, die sich sehr wohl bewusst waren, dass Lohnarbeit nicht zur substantiellen Sinnerfüllung beiträgt. Die soziale Realität eines großen Teils der Erwerbslosen und SozialhilfebezieherInnen, ließ somit den eigenen Blickwinkel auf Alternativen jenseits der Lohnarbeit, aber auch jenseits des traditionellen Arbeiterklassenkampfes zu. Das Hoffen auf gemeinsame Aktionen mit Arbeitnehmern führte schnell zur Ernüchterung, denn solange die Option Lohnarbeit, als zentrales Element der Lebensgestaltung, das Bewusstseins großer Teile auch der arbeitenden

Bevölkerung ausfüllt, muss immer wieder mit Brüchen und fehlenden Solidaritäten in sozialen Auseinandersetzungen gerechnet werden.

Das Faktum Lohnarbeit und die Orientierung derselbigen an die Auszahlung von Arbeitslosengeld und Rente verhindert solidarisches Tun zwischen ArbeitnehmerInnen und Erwerbslosen, denn letztere sind, besonders wenn sie langzeiterwerbslos oder LeistungsbezieherInnen nach SGB II oder SGB XII sind, gesellschaftlich geächtet, sie werden öffentlich diffamiert und sie gelten als Kostgänger des Staates. In der Wertigkeitsskala stehen sie am unteren Ende und gesellschaftliche Anerkennung wird ihnen verweigert. Auf diesem Hintergrund ist es erklärbar, weshalb mit Beginn von Massenarbeitslosigkeit in Deutschland es noch nie zu nennenswerten gemeinsam getragenen Aktionen von Arbeitnehmern in Großbetrieben mit Erwerbslosen und deren Forderungen gekommen ist (was umgedreht nicht selten der Fall war).

Wer glaubt, seine soziale Identität z.B. durch das mit Anderen geteilte tausendfache Drehen und Einsetzen eines bestimmten Autoteils im Montierwerk eines Fahrzeugproduzenten zu finden oder der Meinung ist, durch einen offiziellen Lohn zu einem „besseren“ Teil der Gesellschaft geworden zu sein, irrt gewaltig und unterliegt dem kapitalistischen Prinzip, dass menschlicher Wert sich über Lohnarbeit definiert. „Jede Arbeit ist besser, als keine“, „Ohne Arbeit bist du nichts!“ usw. sind vielen von frühester Kindheit vorgehalten worden und waren bisher immer die Grundpfeiler kapitalistischer Ideologie. War dies noch leicht in Zeiten von Vollbeschäftigung, mit oft durchgehender existenzsichernder Lohnperspektive zu vermitteln, so korreliert heute die Vollbeschäftigungsidee mit bewusst eingesetzter Niedriglohnpolitik. Im Jahr 2011 waren rund 30% der erwerbsfähigen Hartz-IV-Empfänger Menschen, die trotz Erwerbstätigkeit ergänzende Sozialleistungen erhielten (Frankfurter Rundschau 25.06.2012). Im Unterschied zu früher ist der Drang zur Niedriglohnarbeit nicht nur der verinnerlichten Arbeitsmoral geschuldet, sondern auch dem seit Beginn der Umsetzung der Hartz-Gesetze immer differenzierter ausgebauten Sanktionsapparat. Wer will schon für weniger Geld eine Arbeit ausführen die beruflich gesehen keine Perspektive bietet? Dies „überzeugend“ jedem Einzelnen klarzumachen ist nur durch Zwang möglich.

Dabei deuten alle ökonomischen und sozialen Parameter in eine andere Richtung. Das behauptete Beschäftigungswunder in Deutschland zeigt vor allem, dass die Zahl der Vollzeitbeschäftigten seit 1991 gesunken und die Zahl der Teilzeitbeschäftigten angestiegen ist. Von 1991 bis 2000 ist die Zahl der ArbeiterInnen in der Industrie in Westdeutschland von 4,9 auf 3,6 Millionen zurückgegangen. Die Produktivität von IndustriearbeiterInnen ist in diesem Zeitraum um über 70% gestiegen (Statistisches Jahrbuch 2002). Es wird immer weniger Arbeitszeit benötigt, um immer mehr Produkte herzustellen. Gleichzeitig boomt die befristete Arbeit sowie die Zeitarbeit und der Niedriglohnsektor in Deutschland nähert sich dem der USA an. Resultat ist eine Verarmungsquote von derzeit 17% der Bevölkerung in Deutschland. Das System Hartz-IV ist der Versuch, mit ideologischen Mitteln („Keine Leistung ohne Gegenleistung“) und einem ausdifferenzierten Sanktionsapparat das Prinzip Lohnarbeit aufrechtzuerhalten, selbst wenn „Arbeit ... zum herzustellenden Produkt“ (Anders, G.: Die Antiquiertheit des Menschen Teil 2, München 1987, S. 99) wird. Es lässt sich festhalten: die ökonomische Entwicklung könnte zur Befreiung von Erwerbsarbeit beitragen. Um den jetzigen Lebensstandard zu sichern, genügt eine durchschnittliche Arbeitszeit von 25 Stunden pro Woche (Löpfe, P./Vontobel, W.: Arbeitswut, Frankfurt 2008). Aber das Gegenteil geschieht, es wird über eine Verlängerung der Arbeitszeit debattiert und die Schere zwischen arm und reich klafft immer weiter auseinander. „Wenn gesellschaftlich weniger Arbeit für das Notwendige gebraucht wird, wären die Menschen freigesetzt, endlich die vielen Tätigkeiten aufzunehmen, zu denen aus purer Not in der Form der Überarbeit bislang die Zeit nicht reichte. Dass sich die Menschen des Wenigerwerdens von notwendiger Arbeit nicht freuen können, dafür sorgt wiederum ihre

kapitalistische Formbestimmung als Lohnarbeit. Nur wer sich seine acht Stunden oder mehr zur Verfügung stellt, kann auf Anerkennung, entsprechende Entlohnung, Wertschätzung, Teilhabe hoffen.“ (Frigga Haug, Ein gutes Leben, Freitag 15.10.2009) Wer davon, aufgrund von Arbeitslosigkeit, ausgeschlossen ist, der wird im Namen von Bedingungen beruflich degradiert und erniedrigt, zu unsinnigen Trainingsmaßnahmen, Weiterbildungen, Coachings, Profilings, Eingliederungsseminaren, Bewerbungstrainees usw. gezwungen und schließlich in Bürgerarbeitsmaßnahmen oder Ein-Euro-Jobs gesteckt, die sie beruflich nicht weiter bringen. Auf der Strecke bleiben Lebensentwürfe, positive Erwartungen, Eigeninitiative und Phantasie. Festzuhalten bleibt:

1. Erwerbslose leiden weniger unter fehlender Erwerbsarbeit, als vielmehr unter materiellen Entbehrungen, aufgrund reduzierter Sozialleistungen und systematischen Entwürdigungen auf den zuständigen Ämtern.
2. Erwerbslose wollen arbeiten, aber wollen sie Lohnarbeit? Sie engagieren sich in politischen, künstlerischen, kooperativen, sportlichen oder anderen gesellschaftlichen Bereichen, legen den Schwerpunkt ihrer Tätigkeit auf Hausarbeit, Kindererziehung etc., erhalten dafür aber keine finanziell ausreichende Unterstützung.

In Deutschland leben nur noch vier von zehn Menschen hauptsächlich von Erwerbsarbeit. (Mikrozensus 2006: Tim Weber, faz.net Februar 2008) und der zeitliche Umfang der Leistungen im Haushalt und im Ehrenamt, die nicht bezahlt werden, ist größer als das Zeitvolumen der bezahlten Arbeit im Beruf (Statistisches Bundesamt, Wo bleibt die Zeit, 2003).

Trotz all dieser Tatbestände bleibt die Zeitstruktur sowohl für Arbeitnehmer wie auch für Erwerbslose autoritär verordnet. Politik und Verwaltung versuchen, auf die Lebenszeit der Menschen zuzugreifen, auch wenn sie nicht in Erwerbsarbeit sind. Niemand soll über seine Zeit frei verfügen können, es sollen keine Freiräume entstehen.

Ein bedingungsloses Grundeinkommen würde die Wiederaneignung der verlorenen Zeitsouveränität ermöglichen, die eigenen Lebensentwürfe unterstützen, schlummernde Ressourcen wecken, die Freiheit, Nein sagen zu können bekräftigen und den Anspruch der Verwirklichung eines guten Lebens fördern.

Notwendig ist ein anderes Verständnis davon, was soziale Sicherung bedeuten kann, weg von Mindestleistungen hin zu einem ausreichenden Grundeinkommen. Diese Einsicht ist die zentrale Voraussetzung, einzelne Entscheidungsprozesse im Leben, ohne die Beeinflussung von gesellschaftspolitischen Zwängen, realisieren zu können.

In diesem Kontext entstand die Idee, eine Kampagne „Für ein gutes Leben“ zu initiieren, in der die aktuelle Debatte über die Höhe des Regelsatzes in Deutschland zwar Bezugspunkt ist, aber nur soweit, wie festgestellt wurde, dass dies eine Debatte von ExpertInnen ist, Betroffene darin nur eine marginale Rolle spielen. Hier setzte, analog zu früheren Diskussionen innerhalb der Erwerbslosengruppen, der Vorschlag einer Arbeitsgruppe aus der

„Bundesarbeitsgemeinschaft-Prekäre Lebenslagen“ (BAG-PLESA), einem Netzwerk unabhängiger Erwerbslosengruppen ein: Betroffene sollten selbst über ihr Leben und das dafür Notwendige bestimmen! In mehreren deutschen Städten fanden Ende 2011

Veranstaltungen statt, in denen dieses Thema zur Diskussion gestellt wurde. Dabei ging es um eine andere Form und einen anderen Inhalt der Existenzsicherung. Im Mittelpunkt standen nicht eine Minderung der Notlagen, etwa durch eine „Tafel“-versorgung, sondern zentrale Problemstellungen, wie ein gutes Leben aussehen kann und wie es zu organisieren ist. Dies umfasste den Bereich der direkten materiellen Absicherung ebenso, wie die Frage nach dem was darüber hinaus benötigt wird, aber nicht käuflich ist. Also nicht nur, wie bekomme ich die Miete zusammen, um zu wohnen, sondern welche Arten von Wohnen möchte ich entwickeln, welche Gesundheitsversorgung, wie ist es möglich in einer gesunden Umwelt zu leben? usw. Angesprochene Themen in den Veranstaltungen waren Lohnarbeit, Ökologie, Wohnen, Gesundheit, Verkehr, Sozialleistungen und Bildung. Es kristallisierte sich sehr

schnell heraus: wer in selbstbestimmter Form nach einem guten Leben fragt, lässt in der Regel Bescheidenheit hinter sich und stößt schnell auf Fragen, wie die nach dem Verhältnis von Armut und Reichtum, nach der Funktion von Lohnarbeit, nach dem, was gesellschaftlich notwendige Arbeit ausmacht und nach Alternativen zum Bestehenden, wie etwa einem bedingungslosen Grundeinkommen oder Forderungen nach einer kostenlosen bzw. preisgünstigen sozialen Infrastruktur. In allen Veranstaltungen war klar, die wichtigste Grundlage für ein gutes Leben ist eine ausreichende Existenzsicherung, die zur Unabhängigkeit von gesellschaftlichen Zwängen führen kann und die die Möglichkeit fördert, die Dinge zu realisieren (politisch, kulturell, individuell etc.), die er/sie für wichtig oder notwendig erachtet. Jeder Mensch hat ein Recht auf ein gutes Leben, denn jeder trägt zur gesellschaftlichen Entwicklung bei, nicht nur der, der Lohnarbeitet.

Diese Veranstaltungsreihe war ein Anfang, der kaum praktische Relevanz hat, aber Vorbildcharakter besitzt, um in den Köpfen jedes Einzelnen etwas zu bewegen, eine Art Selbstermächtigung, vorhandene Verteilungsregelungen in Frage zu stellen und eine andere Art des Lebens und Arbeitens zu denken.

Im nächsten Schritt überlegten wir, warum die seit geraumer Zeit immer wieder stattfindenden Krisenproteste in Deutschland eher laue Proteste sind. Offensichtlich profitieren nicht nur Reiche, Industrielle, Bankenmanager u.a. von der politischen und ökonomischen Sonderstellung Deutschlands in Europa, sondern auch ein Teil des Mittelstandes und der Arbeiterschaft. Von materiellen Einschnitten keine Spur; solange der normale Alltag, auch konsumtiv gesehen, realisiert werden kann, lässt es sich gut über die „faulen“ Nachbarländer lästern. Allenfalls „gute Arbeit“ fordert die IG-Metall, als Sprachrohr der besserverdienenden Arbeitnehmer, ohne Lohnarbeit und Ausbeutungsstrukturen auch nur ansatzweise in Frage zu stellen. Ein Ausbruchversuch der arbeitenden Klasse aus dem Hamsterrad arbeite/konsumiere/arbeite ist nicht zu erwarten. Aber auch die sozialen Bewegungen sind nicht so stark aufgestellt, wie man es sich, angesichts einer der größten Krisen in der Geschichte, vorstellen könnte. Einzelne Aktionen und Aktivitäten laufen isoliert und unabhängig voneinander ab. Gemeinsame Kämpfe haben Seltenheitswert.

Ähnlich auch die Alltagskämpfe von Erwerbslosen oder prekär Beschäftigten. Zuerst kämpft jeder und jede mit individuellen Strategien für einen neuen Arbeitsplatz, für eine bessere Existenzsicherung und gegen eine sozialstaatliche Bürokratie, die den Einzelnen nur als Kostenfaktor sieht und entsprechend behandelt.

Es ist müßig darüber zu lamentieren, warum bei bestimmten Sozialeinschnitten sich arme Leute nicht wehren, warum eine weltweite Krise keine Auswirkungen auf kollektives Handeln von Erwerbslosen und NiedriglöhnerInnen hat. Vergessen wird oft, dass die Situation eines Großteils von Erwerbslosen immer eine krisenhafte ist, das verfügbare Budget befindet sich ständig am unteren Level. Die zentrale Forderung „Wir bezahlen nicht für Eure Krise“ perlt am tagtäglichen individuellen Kampf um Existenzsicherung ab, sie wirkt fast zynisch.

Aber trotzdem bewegt sich immer etwas: erfolgreiche Klagen, Begleitschutz auf den Ämtern, Zahltage, „Krach-schlagen-Demonstrationen“, organisatorische Netzwerke aufbauen, inhaltliche Bezugspunkte setzen usw. Und es sind auch die individuellen Leistungsverweigerer, die selbstbewussten, sich im rechtlichen Kleinkrieg auskennenden SozialleistungsbezieherInnen oder die FreiraumkämpferInnen, die sich, soweit es möglich ist, die materielle Basis schaffen, um ihre eigenen Interessen, seien sie politisch, künstlerisch oder freizeitmäßig bestimmt, zu realisieren. Sie tauchen in keinem offiziellen Geschichtsbuch auf, sind aber nichtsdestotrotz soziale AlltagskämpferInnen. Aber das heißt auch, sie agieren individualistisch, ohne Zugehörigkeit oder Bezug zu einer kollektiven Idee.

Innerhalb einiger Erwerbslosengruppen wurde und wird diese Situation intensiv diskutiert und es gibt erste Überlegungen neue Strategien zu entwickeln, die davon ausgehen, dass Aktivitäten von Erwerbslosen auch städtische Kämpfe sind (wobei ländlichen Kämpfen,

zumindest in süd- und lateinamerikanischen Ländern noch einmal eine besondere Bedeutung besitzen, in Deutschland allerdings eher vereinzelt zu finden sind) und es darum geht. Ansatzpunkte für gemeinsame Interventionen in der Stadt zu finden.

Ähnlich argumentiert der amerikanische Geograph und Ökonom David Harvey. In einem Interview, äußert er sich zu der Auffassung, dass Städte der Ausgangspunkt für eine Bewegung werden sollen, die den Kapitalismus hinter sich lässt:

„Progressive Politik hat sich in der Vergangenheit darauf konzentriert, die Menschen an ihren Arbeitsplätzen zu organisieren oder die Macht im Nationalstaat zu erobern, um die Gesellschaft umzugestalten. Wenn man dagegen die Stadt als Ausgangspunkt nimmt, bekommt man eine ganz neue Vorstellung davon, wer die Gesellschaft eigentlich verändern soll: nicht nur die Arbeiter, sondern ebenso sehr die Menschen, die sich gerade so durchschlagen, die nur teilzeitbeschäftigt sind ...

Ich sage: wir leben in Städten, hier lieben wir, hier werden wir ausgebildet, hier arbeiten wir. Das Urbane gehört zu unserem Wesen; die Stadt macht uns zu dem, was wir sind. Wir alle zusammen produzieren die Stadt, also sollten wir auch entscheiden dürfen, wie die Stadt aussehen soll.“ („telepolis“ am 25.05.2012) Noch prägnanter formuliert es der amerikanische Professor für Stadtplanung Peter Marcuse: „Recht auf Stadt meint nicht Recht im juristischen Sinne. Recht auf Stadt definiert einen moralischen und sozialen Anspruch. Es ist ein Recht auf eine Veränderung der gesamten Stadt ... Es ist das Recht auf eine andere Gesellschaft.“ („Jungle World“ vom 24.05.2012)

Politisch wirksame Aktivitäten in jüngerer Zeit hatten nicht den Ausgangspunkt Betrieb, sondern die Straße und zentrale Kommunikationspunkte in der Stadt. Dort breitete sich der Widerstand aus und wurden Formen direkter und radikaler Demokratie praktiziert. Städtische Kämpfe sind geprägt von zersplitterten sozialen Auseinandersetzungen: hier für einen höheren Regelsatz, da für Mindestlohn, hier für die Rechte von MigrantInnen oder da für die Verbesserung der Wohnsituation.

Was oft fehlt ist ein gemeinsames Thema oder ein gemeinsamer Begriff der Kämpfe. Aber was verbindet Mieterkampf, Kampf gegen Flughafenausbau, Kampf von MigrantInnen, Erwerbslosenprotest usw.?

Möglicherweise die Suche nach einem guten Leben!

Ausgehend von unseren Erfahrungen mit der vorher beschriebenen Veranstaltungsreihe „Gutes Leben“, stellen wir unsere Überlegungen den „Wem gehört die Stadt“-Initiativen vor. Dieses Netzwerk von Gruppen und Einzelpersonen versucht u.a. „mit Interventionen in der Stadt Ideen einer Gesellschaft aufzeigen, in der Leben eine andere Bedeutung hat als Lohnarbeit und Freizeitpark.“ (aus dem Selbstverständnis www.wemgehörtdiestadt.net) Verdeutlicht werden konnte auch hier, dass die Formulierung des Anspruches auf gutes Leben keine Defensivforderung darstellt, es nicht um eine Mindestsicherung geht, sondern um die bewusste Forderung nach einer ausreichenden Existenzsicherung, in deren Mittelpunkt in selbstbestimmter Form die Lust auf Leben steht. Längst sind die materiellen Voraussetzungen, in einem der reichsten Länder Europas vorhanden, um Armut und existenzielle Not zu beseitigen. Allerdings führt die kapitalistisch bestimmte private Aneignung gesellschaftlichen Reichtums zu einer immer größer werdenden Diskrepanz zwischen arm und reich.

Mit der notwendigen Unbescheidenheit der Begrifflichkeit „gut“ wird sich abgesetzt von der „Tafel“praxis, Resteverwertung und sonstigen Maßnahmen und Mittel, die zur gesellschaftlichen Ausgrenzung genutzt werden. „Gutes Leben“ ist somit eine positive Zielwertung und verdeutlicht, dass die materiellen Voraussetzungen zur Umsetzung dieses Ansinnens vorhanden sind. Sie stellt den Versuch dar, die Zersplitterung der sozialen Auseinandersetzungen zu überwinden. Das „gute Leben“ ist eine gemeinsame Forderung, hinter die sich Viele stellen können, ohne dass der selbst gesetzte Anspruch an Radikalität

verliert. Es beschreibt verlorenes Terrain neu, verstrickt sich eher selten in frustrierende Abwehrkämpfe und formuliert Schritte in eine selbst zu bestimmende andere Gesellschaft. Zudem bringt die Forderung nach einem „guten Leben“ unterschiedliche Menschen zusammen und verdeutlicht, dass Erfolge nur gemeinsam zu erreichen sind. Es geht vom Gegebenen aus und versucht darüber hinaus zu kommen, zeigt Perspektiven auf, die im Einzelnen unterschiedlich sein können, z.B. nur Lärm, nur Geld, nur Anerkennung, aber als Ganzes eine brodelnde Mischung ergeben kann.

Allmählich geschieht das, was Erwerbsloseninitiativen schon vor Jahren als erforderlich ansahen: die Öffnung gegenüber anderen Gruppen, die sich mit Stadtentwicklung, Migrationsfragen usw. beschäftigen. Prekarisierung aktiviert Menschen über die Arbeitslosigkeit hinaus.

In einigen Ländern Südamerikas (Ecuador, Bolivien) hat das Recht auf gutes Leben Verfassungsrang („Buen Vivir“). Es steht im Zusammenhang mit indigenen Traditionen bzw. Wertvorstellungen und versteht sich als neues Entwicklungskonzept, das sich von westlichen Wohlstandsparadigmen verabschieden will. Buen Vivir ist scharf abgegrenzt von der Idee des individuellen guten Lebens. Es ist nur im sozialen Zusammenhang denkbar, vermittelt durch die Gemeinschaft, in der die Menschen leben. Nach Silke Helfrich (Buen Vivir: Gemeingüter für ein gutes Leben, siehe: commonsblog.wordpress.com Februar 2010) zielt Buen Vivir auf eine Überwindung der Wachstumslogik und betreibt die Umverteilung des Zugangs zu Gemeingütern. Es versteht sich als Gegenentwurf zu einem einseitig wachstumsorientierten Entwicklungsbegriff. Es ist ein politisches Modell und eine soziale Praxis, die die ökonomischen, sozialen und kulturellen Bedürfnisse der Menschen befriedigen und in Einklang mit den ökologischen Bedingungen stellen.

Unter der Prämisse „Nach den Sternen greifen ohne das Essen zu vergessen!“ gibt es eine direkte Verbindung von sozialen Alltagskämpfen armer Leute mit der Forderung nach einem guten Leben. Aber ein gutes Leben wird nur zu verwirklichen sein, wenn die materiellen Voraussetzungen durch ein ausreichendes bedingungsloses Grundeinkommen gegeben sind. Denn nur durch die Abwesenheit vom Zwang zur Lohnarbeit entfalten sich soziale Phantasie und lassen sich gesellschaftspolitische Gegenentwürfe realisieren die zum „Exodus aus der Lohnarbeit“ (Andre Gorz) führen können.